

# Inhalt der Sitzung vom 14.03.2011

## TOP Ö 1

### Fragen der Bürgerinnen und Bürger

Herr Hanselmann monierte ein „örtliches Hundeklo“ zwischen den Anwesen Kantstr. 6 und 8. Das Unkraut stünde hier sehr hoch und er fragte, ob die Fläche nicht regelmäßig gemäht und sauber gehalten werden könne. Er habe dieses Problem bereits bei mehreren Gemeinderäten, der Verwaltung und dem Bürgermeister angesprochen, aber bisher keine nachhaltige Reaktion erzielen können.

Bürgermeister Schmitt sagte, dass er das Problem mit Herrn Hanselmann bereits erörtert habe und daraufhin die Fläche auch gemäht wurde. Er wird dafür sorgen, dass die Pflege künftig regelmäßig erfolgt.

## TOP Ö 2

### Entscheidung über die Annahme einer Spenden nach § 78 Abs. 4 GemO

Die am Weihnachtsmarkt 2010 beteiligten Vereine Chorgemeinschaft, Hausfrauen, Landfrauen, KKS sowie das Jugendhaus Jim und das Adventskalenderteam erzielten einen Reinerlös für die Notgemeinschaft von 4.395,65 €. Eine Spende der Firma Corden Pharma GmbH in Höhe von 250 € ging für das Frühjahrsfest ein. Die Stadtwerke Schwetzingen sponsorten den Plankstadter Jahresrückblick 2010 mit 1.000 €. Die Firma Pro Humanis aus Bingen realisierte mit Hilfe der Sponsoren C-Fashion, Schöner Schenken, Hotel-Pension am Ochsenhorn, Stephan Maschinenteknik, Steuerberaterin Annette Westermann, Cicek Reinigungsservice, Hausmeisterservice Michael Hack, Ambulanter Pflegedienst S. Jancic und Toms Tierwelt 3 Dog Stations.

GR Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) sagte, dass es erfreulich sei, wie viele freiwillige Helfer sich finden. Sie sprach die Hoffnung aus, dass sich insbesondere für den Jahresrückblick künftig noch mehr Sponsoren finden und gab die Zustimmung der PL.

GR Karl Schleich (CDU) sprach vorweg Dank an alle Vereine aus, die am Weihnachtsmarkt beteiligt waren und gab die Zustimmung der CDU.

GR Jutta Schneider (SPD) fragte wie es sein kann, dass eine falsche Aufstellung mit den Unterlagen versandt wurde. BGM Schmitt bedauerte dieses Versehen im Rathaus. Schneider dankte den Spendern mit Ausnahme der Spende der Corden Pharma, für die sie keine Zustimmung der SPD Fraktion gab.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, dass es §78 in der Gemeindeordnung gäbe, um zu verhindern, dass Bürgermeister Spenden für ihre Zwecke verwenden. Er gab die Zustimmung der GLP zu der Spende im Rahmen des Weihnachtsmarktes. Die Spende von Corden Pharma für das Frühjahrsfest lehnte er ab. Auf diese Konkurrenzveranstaltung zu den Vereinsfesten könne man verzichten. Er lehnte weiter das Sponsoring beim Jahresrückblick ab. Er gab die Zustimmung der GLP zu den Dogstations, wenngleich die GLP ablehne, dass die Gemeindeverwaltung „kommerzielle Drückerkolonnen“ beauftrage.

Die Spendenanträge wurden wie folgt angenommen:

Spende Weihnachtsmarkt: Einstimmig

Spende Frühjahrsfest: Mehrheitlich mit 13 Ja-Stimmen von PL, CDU und BGM, bei 5 Gegenstimmen von SPD und GLP

Sponsoring Jahresrückblick: Mehrheitlich mit 16 Ja-Stimmen von PL, CDU, SPD und BGM, bei 2 Gegenstimmen

von GLP

Sponsoring Dogstations: Einstimmig

### **TOP Ö 3**

#### **Gesplittete Abwassergebühr**

##### **Vorfestlegungen für künftige Abwassersatzungen**

Das Urteil des VGH vom 4. März 2010 verlangt aus Gebührengerechtigkeitsgründen eine Aufteilung der Gebühren in (wie bisher) eine Schmutzwassergebühr und (neu) in eine Niederschlagswassergebühr. Hintergrund dieser Entscheidung ist, dass auch die Beseitigung des Niederschlagswassers erhebliche Kosten verursacht, die bisher (nicht gerecht) mit der Schmutzwassergebühr mit bezahlt werden musste.

Die Kosten werden entsprechend den Grundstücksverhältnissen anders verteilt. Die bisherige Schmutzwassergebühr reduziert sich, neu dazu kommt die Niederschlagswassergebühr. Haushalte mit bisher hohem Wasserverbrauch und wenig befestigter Fläche werden künftig tendenziell entlastet, umgekehrt wird es teurer.

GR Gerhard Waldecker (PL) benannte das Urteil des VGH als Rechtsgrundlage für eine gesplittete Abwassergebühr und gab die Zustimmung der PL. Er betonte die dringende Erforderlichkeit der Information der Bürger durch entsprechende Veranstaltungen.

GR Udo Weis (CDU) sagte, dass man den Informationsbedarf bei den Bürgern im Auge behalten müsse und gab die Zustimmung der CDU.

GR Ulrich Mende (SPD) sagte, dass die Bürger frühzeitig in den Entscheidungsprozess eingebunden werden sollen. Er forderte eine weitergehende Differenzierung der Berechnung und eine Berücksichtigung auch von Regentonnen analog Zisternen. BGM Schmitt informierte, dass es 3 Kategorien zur Differenzierung in der Berechnung gibt und dass eine weitergehende Differenzierung zu Unübersichtlichkeit führt. Alleine aufgrund der nicht gegebenen Ortsfestigkeit können Regentonnen keine Berücksichtigung finden. Mende gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) sprach von einem finanziellen Anreiz zur Entsiegelung von Flächen und Nutzung des Regenwassers. Sie fragte nach der vorgegebenen Zisternengröße im Neubaugebiet und erhielt die Information, dass diese bei 3 m<sup>2</sup> und größer liegt. Sie forderte eine Information nicht nur der Grundstückseigentümer, sondern auch der Mieter und gab die Zustimmung der GLP.

### **TOP Ö 4**

#### **Einführung der Metropolcard in der Gemeindebücherei/Änderung der „Satzung über die Benutzung der Gemeindebibliothek Plankstadt“**

Mit der zum Oktober 2007 eingeführten Metropolcard erfährt das Bibliotheksangebot der Metropolregion eine deutliche Verbesserung. Dem Verband gehören die Bibliotheken in Mannheim, Ludwigshafen, Frankenthal, Speyer, Brühl, Oftersheim, Ketsch, Heddeshheim und Ladenburg an. Für die Inhaber der Metropolcard entfällt die mehrfache Jahresgebühr bei den teilnehmenden Bibliotheken, und die Nutzer können bei Zahlung eines einmaligen Jahresbetrags in Höhe von 20 € das Angebot aller angeschlossenen Einrichtungen nutzen. Es bleibt auch weiterhin möglich, nur die Bibliothek in Plankstadt mit dem gewohnten Ausweis und den bekannten Konditionen zu nutzen.

Zum 20-jährigen Jubiläum der Gemeindebücherei am 7. Mai 2011 ist der Einstieg in den Metropolcard-Verbund geplant.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) begrüßte das Angebot, welches den Bürgern mehr biete und keine zusätzlichen Kosten verursache. Sie brachte ihre Freude zum Ausdruck, dass die Plankstadter Bibliothek so aktiv ist und gab die Zustimmung der PL.

GR Hans-Peter Helmling (CDU) begrüßte das zusätzliche Angebot ebenfalls und benannte auch als positiv, dass keine Mehrkosten entstehen. Er gab die Zustimmung der CDU.

GR Jutta Schneider (SPD) sagte, dass die Vorlage Formfehler enthalte. Sie forderte das Alter für die Gebührenerhebung von 18 auf 16 Jahre herabzusetzen. Sie gab die Enthaltung der SPD schon aus formellen Gründen.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) fragte, wer die Metropolcard ins Leben gerufen habe und wie viele Karten schon verkauft seien. Er sah als Manko, dass im Leihverkehr nur eine Rückgabe vor Ort möglich ist. Hier wäre eine Fernleihe sinnvoller. Er sprach von einem riesen Aufwand für ein bisschen Sache und forderte die eigene Bibliothek zu erhalten und gab die Zustimmung der GLP.

Der Antrag wurde bei drei Enthaltungen der SPD einstimmig angenommen.

## **TOP Ö 5**

### **Richtlinien für Ehrungen durch die Gemeinde Plankstadt**

Im vergangenen Jahr wurde im Rathaus eingebrochen und der Tresor der Gemeindekämmerei entwendet. Der wenige Zeit nach dem Einbruch aufgefundene Tresor war aufgebrochen und ausgebrannt. Sämtliche noch vorhandene Ehrungsplaketten, -medaillen und -nadeln wurden dadurch zerstört. Da die vorhandenen Materialien schon länger nicht mehr dem aktuellen Zeitgeist entsprechen, müssen neue Ehrungsplaketten etc. hergestellt werden. Dies geht einher mit einer erforderlichen Änderung der Ehrungsrichtlinien, die in diesem Zusammenhang angepasst werden sollen, mit einer Reduzierung der unterschiedlichen Medaillen.

GR Stephan Verclas (PL) sagte, dass ohne Ehrenamt in der heutigen Gesellschaft nichts mehr geht. Er sagte, dass in der Vorlage unter §15 ein Fehler unterlaufen ist, das Datum des Inkrafttretens korrekt 1.1.2011 sein muss. Er gab die Zustimmung der PL und stellte den Antrag in § 10 den Zusatz „ab dem 16. Lebensjahr“ zu streichen.

GR Hans-Peter Helmling (CDU) sagte, dass das Ehrenamt bei der CDU hoch im Ansehen stehe und gab die Zustimmung der CDU.

GR Jutta Schneider (SPD) war mit der Anlage zu der Vorlage unzufrieden, da sie diese als lückenhaft ansah. Sie wollte die alte Satzung beigefügt haben. Sie gab die Enthaltung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) fragte, was der aktuelle Zeitgeist sei. Er stellte den Antrag in § 5 den Absatz über Einzelfallentscheidungen ersatzlos zu streichen. Er gab ansonsten die Zustimmung der GLP.

Die Ehrungsrichtlinien wurden wie folgt angenommen:

Erweiterter Antrag der PL zu § 10: Mehrheitlich angenommen mit 13 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen.

Erweiterter Antrag der GLP zu § 5: Mehrheitlich abgelehnt mit 10 Gegenstimmen, 6 Enthaltungen und 2 Ja-Stimmen.

Einstimmig angenommen, bei 3 Enthaltungen der SPD.

## **TOP Ö 6**

### **Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg über die örtliche Prüfung der Bauausgaben der Gemeinde Plankstadt in den Haushaltsjahren 2006-2009**

Die Gemeindeprüfungsanstalt hat bei der Verwaltung eine Prüfung der Bauausgaben im Zeitraum 2006-2009 vorgenommen. Aufgrund des guten Prüfergebnisses war eine förmliche Schlussbesprechung unter Beteiligung der Rechtsaufsichtsbehörde und des Gemeinderats nicht erforderlich.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, dass die Fraktion der PL den Bericht zur Kenntnis nimmt und brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass die Gemeindeverwaltung weiterhin so gut arbeite.

GR Karl Schleich (CDU) lobte das gute Ergebnis und sagte, dass die CDU den Bericht zur Kenntnis genommen hat.

GR Ulrich Mende (SPD) sagte, dass die SPD den Bericht zur Kenntnis genommen hat.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) fragte, wer feststelle, ob es eine förmliche Schlussbesprechung gibt und wurde informiert, dass dies durch die GPA erfolge. Er sagte, dass die GLP den Bericht mit einem Stolz zur Kenntnis genommen hat.

## **TOP Ö 7**

### **Aufbau eines Klimaschutzmanagements**

Dieser Tagesordnungspunkt stand bereits in der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 31.1.2011 zur Beschlussfassung, wurde jedoch zur Vorberatung in den Ausschuss verwiesen. Aus Zeitgründen war eine Beratung im Gesamtgremium anlässlich der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 28.2.2011 geplant, die aufgrund von Differenzen, ausgelöst durch einen Geschäftsordnungsantrag der GLP, am Sitzungstag vor Eintritt in die Tagesordnung leider scheitern musste.

Zur Kontrolle und zur weiteren Verringerung des Energiebedarfs soll, zusätzlich zum vorhandenen Energiecontrolling der kommunalen Liegenschaften ein Klimaschutzmanagement etabliert werden. Zu diesem Zweck wurde mit der KLIBA gGmbH Kontakt aufgenommen. Die Erstellung des Gesamtkonzepts wurde daraufhin zum Angebotspreis von 20.185,55 € (brutto) offeriert. Die Verwaltung erhielt mit Schreiben vom 07.12.2010 den Zuwendungsbescheid mit einer bewilligten Projektförderung in Höhe von 50% der zuwendungsfähigen Ausgaben. Die entsprechenden Mittel sind im Haushalt 2011 bereitgestellt.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, dass die PL auch von neun Angeboten im Angebot ausgehe. Man begrüße eine effiziente Nutzung der Energie und den Zuschuss, um den sich die Verwaltung bemüht hat. Mit Beauftragung der Kliba sei man grundsätzlich einverstanden, dennoch hätte man gerne die Alternativangebote gesehen. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Udo Weis (CDU) empfand es als überraschend, dass man über diese Vorlage beschließen soll. Die Angelegenheit sei am 31.1.2011 in den Ausschuss verwiesen worden, doch gab es keine UTB-Sitzung.

Er stellte den Antrag, dass man sich an den Beschluss vom 31.1.2011 halten solle und eine Beratung im UTB

erfolgen soll.

BGM Schmitt stellte klar, dass der Tagesordnungspunkt für die Sitzung am 28.2.2011 vorgesehen war, die aufgrund der Kontroversen am Sitzungstag nicht stattfinden konnte. Er bat GR Weis, dies im Protokoll nachzulesen, da er an diesem Tag nicht anwesend sein konnte. Schmitt sagte weiter, dass man ihm im Vorfeld auf Nachfragen eine Zustimmung bei der CDU signalisiert habe und dass dieser Antrag für ihn deshalb nicht nachvollziehbar sei.

Die Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag der CDU auf Verweisung in den UTB-Ausschuss wurde bei 5 Ja-Stimmen der CDU und 13 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt.

GR Weis (CDU) führte nach Ablehnung des Antrags aus, dass das Angebot mager sei und nicht aussagekräftig. Klimaschutz sei wichtig für die Gemeinde um Geld zu sparen, doch solle man im vorliegenden Fall das Geld für etwas Sinnvolleres verwenden.

GR Gaby Wacker (SPD) fragte, ob man die Untersuchung durch die EnBW gegebenenfalls günstiger bekommen könnte. Es sei sinnvoll den Energieverbrauch zu reduzieren. Sie erkundigte sich ob der Zuschuss verloren gehe, wenn man heute nicht zustimmen werde.

BGM Schmitt erläuterte, dass verschiedene Anbieter Preisangebote vorgelegt hätten und dass die KliBa am günstigsten war. Zum Erhalt des Zuschusses sei es unumgänglich, jetzt die Beauftragung vorzunehmen, da ansonsten die KliBa nicht rechtzeitig mit der Erarbeitung des Konzeptes fertig werde und damit der Zuschuss verloren gehe.

GR Stephan Verclas (PL) sagte, dass die EnBW ein Energielieferant ist und dass man sich hier sicherlich nicht optimal beraten lassen kann, wie man weniger Energie bei der EnBW kaufen kann.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass Ziel des Projektes Energieeinsparung und Energieeffizienzsteigerung sei. Sie erkundigte sich nach zusätzlichen Analysemöglichkeiten der zu erstellenden Datenbank und versicherte sich, dass im Beschlussvorschlag 9 Liegenschaften enthalten sind. Sie gab die Zustimmung der GLP.

GR Karl Schleich (CDU) sagte, dass er dem BGM signalisiert habe, dass man dem TOP seitens der CDU zustimmen könnte, dann aber im GMB ein Bericht der EnBW erschien, was zur Meinungsänderung führte und man seitens der CDU bevorzugte im UTB vorzubereiten.

BGM Schmitt stellte klar, dass er telefonisch erreichbar sei und er im Rahmen einer guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit eine rechtzeitige Information über eine solche Meinungsänderung erwarte.

BGM Schmitt änderte zur Klarstellung den Beschlussvorschlag wie folgt:

Der Beauftragung des als Anlage 1 beigefügten Angebots zum Aufbau eines Klimaschutzmanagements für 9 Liegenschaften wird zugestimmt. Die KLIBA gGmbH wird zum Preis von 20.185,55 € (brutto) mit der Konzepterstellung beauftragt. Im Haushaltsjahr 2010 wird ein Haushaltsrest in Höhe von 10.100 € gebildet.

Der geänderte Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich angenommen mit 13 Ja-Stimmen von PL, SPD, GLP und BGM bei 5 Gegenstimmen der CDU.

## **TOP Ö 8**

### **Sanierung Fassadenfläche Turn- und Schwimmhalle Friedrichschule - Vergabe der Architektenleistungen**

Die seit der Errichtung der Turn- und Schwimmhalle im Jahre 1968 unveränderte Fassade entspricht nicht mehr den Anforderungen an den baulichen Wärmeschutz. Im Hinblick auf eine zukunftsgerichtete Nutzung des Gebäudes ist eine Sanierung der Außenwandbauteile dringend notwendig. Die Gemeindeverwaltung hat mit Datum vom 22.12.2010 einen Zuwendungsantrag beim Regierungspräsidium Karlsruhe eingereicht.

GR Silke Layer (PL) sagte, dass die Fassade nunmehr seit 43 Jahren unverändert ist. Sie erkundigte sich nach dem Anteil der Entwurfs- und Genehmigungsplanung an den Architektenkosten in Höhe von 11.000 € und gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Berger (CDU) sah grundsätzlich die Notwendigkeit zur Sanierung, gab aber zu bedenken, dass die entsprechenden Fördermittel noch ausstehen. Er versicherte sich, dass mit dieser Entscheidung keine Vorfestlegung für die Gebäudenutzung erfolgt. Er gab die Zustimmung der CDU.

GR Ulrich Mende (SPD) sagte, dass es klar sei, dass man eine energetische Sanierung braucht. Er versicherte sich, dass Leistungsphase 4 nicht berechnet wird und forderte künftig bessere Berechnungsunterlagen. Er gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo hohl (GLP) sagte, dass die Sanierung der Hülle notwendig sei, man sich über den Kern aber noch Gedanken machen müsse. Er gab die Zustimmung der GLP.

## **TOP Ö 9**

### **Fassadensanierung am Mehrfamilienwohnhaus Eehaltstr. 27-29**

#### **- Auftragsvergabe**

In dem Wohngebäude mit 12 Wohnungen ist das Aufbringen eines Wärmedämm-Verbundsystems, der Austausch der Fenster, die Montage neuer Eingangstüren und Überdachungen sowie die Erneuerung der Rollläden geplant. Desweiteren werden Kaminköpfe abgebrochen sowie Dachrinnen und Fallrohre erneuert.

GR Andreas Berger (CDU) stellte zu Beginn den Antrag den TOP in den NÖT zu verlegen.

BGM Schmitt unterbrach die Sitzung und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

Nach Herstellung der Öffentlichkeit informierte BGM Schmitt über die Annahme des Antrages.

## **TOP Ö 10**

### **Unterhaltungspflege in öffentlichen Grünanlagen und Außenanlagen kommunaler Einrichtungen**

#### **- Auftragsvergabe**

Der Vertrag über die Unterhaltungspflege bei verschiedenen Grünanlagen lief im vergangenen Jahr aus. Die Leistungen wurden neu ausgeschrieben. 5 Firmen wurden zur Abgabe eines Angebots aufgefordert. Zum Submissionstermin am 22.02.2011 lagen 2 Angebote vor.

GR Horst Kolb (PL) sagte, dass es traurig sei wenn nur zwei von fünf angeschriebenen Bietern ein Angebot abgeben. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Wolf (CDU) fragte wie man damit umgehe, wenn man keine Antwort erhält und wie viele Zeitverträge für Grünpflege derzeit laufen: BAL Boxheimer sagte, dass man sich künftig genau überlege, ob diese Firmen wieder an Ausschreibungen beteiligt werden und dass derzeit zwei Zeitverträge laufen. GR Wolf gab die

Zustimmung der CDU.

GR Ulrich Mende (SPD) fand die Zahl der abgegebenen Angebote ebenfalls bedauerlich und gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) erkundigte sich nach der Vergabelaufzeit und wurde informiert, dass diese ein Jahr beträgt. Er gab die Zustimmung der GLP.

### **TOP Ö 11**

#### **Neubau eines Zweifamilienwohnhauses mit Garage und Stellplatz auf dem Grundstück Flst.Nr. 1858/1, Luisenstr. 25**

Beantragt wird der Neubau eines unterkellerten, zweigeschossigen Wohnhauses mit 35° geneigtem Satteldach und Satteldachgauben auf beiden Dachseiten. Nachbareinwendungen wurden nicht vorgetragen.

GR Fredi Engelhardt (PL) gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Wolf (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) gab die Zustimmung der GLP.

### **TOP Ö 12**

#### **Bekanntgabe der in der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 31.01.2011 gefassten Beschlüsse**

BGM Schmitt wies auf die ortsübliche Bekanntmachung im Mitteilungsblatt und der Bekanntmachungstafel im Rathaus hin.

### **TOP NÖ 1**

#### **Verpachtung Cafe 2000**

Mehrheitlich angenommen.

### **TOP NÖ 2**

#### **Beförderung eines Gemeindebeamten**

Einstimmig angenommen.

### **TOP NÖ 3**

#### **Beförderung eines Gemeindebeamten**

Einstimmig angenommen.

## **TOP Ö 13**

### **Verschiedenes, Bekanntgaben des Bürgermeisters und Anfragen aus dem Gemeinderat**

#### **Bekanntgaben des Bürgermeisters:**

In der Zeit vom 11. März bis 9. April ist an den Wochenenden mit einer verstärkten Präsenz von Feuerwehrfahrzeugen zu rechnen, da eine Feuerwehrgrundausbildung in Plankstadt erfolgt.

Er verwies auf die geänderten Öffnungszeiten im Standesamt, dienstags 8.00-12.00 Uhr und donnerstags 8.00 – 12.00 Uhr und 16.00 – 18.00 Uhr.

Der Prozess mit Astra-Zeneca wurde abgeschlossen. Der BGH hat die Beschwerde zurückgewiesen, die Gemeinde hat damit gewonnen, bekommt die Grundstücke und muss die vereinbarte Entschädigung bezahlen.

#### **Anfragen aus dem Gemeinderat:**

GR Udo Weis (CDU) sagte, dass es der Presse zu entnehmen war, dass Brühl eine einzügige Werkrealschule genehmigt bekommen hat. Er fragte nach den Auswirkungen dieser Genehmigung für die Gemeinde Plankstadt. BGM Schmitt sagte, dass man diesen Sachverhalt in der Verwaltung auch der Zeitung entnehmen musste. Es wurde daraufhin ein gemeinsames Schreiben der Bürgermeister aus Plankstadt und Oftersheim an Herrn Staatssekretär Wacker aufgesetzt mit gleicher Forderung für Plankstadt und Oftersheim.

GR Andreas Wolf (CDU) fragte, ob das letzte Grundstück im Gewerbering verkauft sei?  
BGM Schmitt bejahte dies und informierte, dass auch das Gebäude im Antoniusweg verkauft wurde.

GR Ulrich Mende (SPD) wies auf eine Gefahrenstelle bei der Verbindung Oberer Gartenpfad/Rosental hin und betonte die Unfallgefahr insbesondere auch vor dem Aspekt, dass hier ein Schulweg verläuft. Bürgermeister Schmitt sagte zu, hier umgehend das Geschwindigkeitsmessgerät aufhängen zu lassen. Es wird derzeit auch aufgrund eines Antrages der Fraktion der PlaLi geprüft, ob hier die Einrichtung einer verkehrsberuhigten Zone möglich ist. GR Ulrich Mende fragte weiter, wie lange die Verbindung zwischen Rosental und Antoniusweg noch geschlossen bleibe? BGM Schmitt sagte, dass die Sperrung versuchsweise für insgesamt 3 Monate erfolgt.

GR Sigrid Schüller (GLP) fragte, ob es keine Einladung an die Gemeinderäte zur Einweihung der Kinderkrippe gab. Bürgermeister Schmitt informierte, dass eine Einweihung erst zur Eröffnung des Neubaus erfolge und gab bekannt, dass die Annahme der Gruppe sehr gut ist.

GR Gerhard Waldecker (PL) nahm Bezug auf das von GR Mende vorgebrachte Anliegen und wies nochmals deutlich darauf hin, dass es sich hier um einen Schulweg handelt. Er forderte geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die die Durchfahrt erschweren.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) fragte nach dem Pachtvertrag mit Postillion und wurde informiert, dass dieser zur nächsten Sitzung vorliegen soll. GR Hohl fragte weiter, wann das Cafe 2000 wieder öffnen wird. BGM Schmitt sagte, dass die Eröffnung für Ende April vorgesehen sei. GR Hohl fragte weiter, warum der Pachtvertrag dem Gemeinderat noch nicht vorgelegt wurde. BGM Schmitt sagte, dass dies daran liege, dass er derzeit noch abschließend ausformuliert werde und deshalb noch nicht unterschrieben sei.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) begrüßte die Bushaltestelle am Bruchhäuser Weg und sagte, dass hier aber noch ein Unterstand fehle. Sie fragte nach einem LKW-Durchfahrtsverbot Im Grund. BGM Schmitt sagte, dass man nach Herabstufung der Ortsdurchfahrt ein LKW-Fahrverbot mit dem Zusatz Anlieger frei generell für Plankstadt aussprechen will.